

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Michael Müller MdB weist die Geißler-Anwürfe gegen die SPD zurück: Zerstörerische Polarisierung.

Seite 1

Günter Fichtner MdL weist auf die Not pseudokrupperkranker Kinder in Bayern hin: Kinder brauchen Kuren.

Seite 3

Dokumentation

Der österreichische Alt-Bundeskanzler Bruno Kreisky gedachte am Dienstag im ehemaligen KZ Struthof (Elsaß) der Opfer der Nazi-Gewalt und prangerte die Unfähigkeit der Konservativen an, den Faschismus zu stoppen. Die Rede im Wortlaut ab

Seite 5

40. Jahrgang / 87

8. Mai 1985

Zerstörerische Polarisierung

Geißler will die Sozialdemokratie aus der Geschichte unseres Landes ausgrenzen

Von Michael Müller MdB

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, hat gestern die Anhänger und Mitglieder der Union - oder sollte ich ironisch formulieren, seine "Gefolgschaft" - zu einer totalen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten herausgefordert. Aus Geißlers Kennzeichnung der Sozialdemokraten als "neutralistische" Kraft, als Gruppierung, die aus einem "Neutralismus der Werte" gespeist werde, folgere ich, daß die CDU-Führung die restlose Polarisierung der Bürger will. Eine Polarisierung, die zerstören soll, was Verfassung und politische Kultur in unserem Land uns allen auferlegen: Ein Mindestmaß an Menschlichkeit und Achtung im Umgang mit dem politisch Andersdenkenden.

Aus Geißlers Bezug auf den 8. Mai 1945 ist zu folgern, daß er mit Blick auf den NRW-Wahlkampf und mit der Perspektive auf die Bundestagswahl 1987 der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien in der Bundesrepublik den Charakter verleihen will, der einem Glaubenskrieg entspricht. Das ist sein Ziel; um seinen Hebel anzusetzen, benutzt er ausgerechnet den 8. Mai.



Geißler will die Sozialdemokraten aus der Geschichte der Bundesrepublik hinausdrängen, sie als Randerscheinung zeichnen, die sich unbefugterweise in das Geschäft der Lenkung des Staates einmische. Aus Geißler spricht und lebt das Ressentiment des gnadenlosen Verfolgers jeder grundsätzlich anderen politischen Überzeugung als die der Union.

Aus Geißler spricht freilich auch die tiefe Verletzttheit darüber, daß der Bundeskanzler im Bewußtsein einer immer größeren Zahl von Bürgern zu einem Kanzler des Elends wird, zu einem Verwalter von Arbeitslosigkeit und neuer Armut, ohne daß für die Regierungsparteien Chancen bestehen, diesen schrecklichen Eindruck der Unfähigkeit zu beseitigen. Dieses Eingeständnis eines Scheiterns steckt ebenfalls in der Aufforderung Geißlers, die Sozialdemokraten anzugreifen, wo immer sie sich zeigen, was immer Sozialdemokraten sagen.

Wir Sozialdemokraten haben Heiner Geißler mehrfach vorgeworfen, auch noch das Mindestmaß an Sittlichkeit hinauskehren zu wollen. Geißler suggeriert nun, daß hinter den Sozialdemokraten wie ein drohender Schatten die Rote Armee auftauche, die Sozialdemokratie Wegebereiter von Unfreiheit und Ungeist sei. Unser Bekenntnis zur Achtung voreinander schließt eine entsprechende Suggestion, eine Bilder-Gaukelei mit braunem Einschlag aus.

Heiner Geißler sollte sich freilich selber einmal die Frage vorlegen, ob er objektiv nicht die Rolle spielt, die ein Alfred Hugenberg in mancher Hinsicht in Weimar spielte. Und unser Bekenntnis zu dem notwendigen Maß an Achtung voreinander schließt auch nicht aus, daß Sozialdemokraten heute an einen Satz Alex Möllers erinnern. Möller schrieb nämlich einem Teil der Union am 23. September 1970 ins Stammbuch: "Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauffolgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen ihnen geistig näher als die SPD." (-/8.5.1985/rs/ks)

+ + +



Pseudokrupp-krankte Kinder brauchen Kuren

Tausende von bayerischen Kindern leiden unter einem Gesetzesnotstand

Von Günter Fichtner MdL

"Drum bitte ich Dich, lieber Onkel Staatsminister, tue etwas, daß es nicht mehr so stinkt. Daß die Kinder wieder raus dürfen, aus den Krankenhäusern. Und, daß ich vielleicht sogar mal rote Bäckchen kriege, weil mir mein Essen so schmeckt. Bitte, bitte, hilf uns Grenzlandkindern!"

Diese Sätze stehen in einem Brief, den Gabriele und Günther Regele aus der Stadt Schönwald im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel im Namen ihrer 45 Tage alten Tochter Alexandra an den bayerischen Umweltminister geschrieben haben. Alexandra liegt im Krankenhaus zusammen mit anderen Kindern, die "würgten, keine Luft bekamen und ganz blau im Gesicht" waren. Ursache war eine Schwefeldioxidwolke im Raum Selb.

Wer in Oberfranken lebt, weiß, daß solche Krankheitsfälle - Pseudokrupp, chronische Bronchitis, Asthma, andere Bronchialerkrankungen - bei Kleinkindern an der Tagesordnung sind. Nahezu täglich veröffentlichen die örtlichen Zeitungen Briefe von Eltern, berichten über Proteste und Forderungen und auch über schöne Versprechungen von Politikern. Und die oberfränkischen Kinder sind keineswegs die einzigen: Pseudokrupp-Fälle werden auch aus München, aus dem Landkreis Weilheim-Schongau, aus Nordschwaben, aus dem ostbayerischen Grenzland gemeldet.

Wenn die Eltern es sich leisten können, schicken sie ihre Kinder an die Nordsee oder in andere Reingluftgebiete - weg von der giftigen Luft, die sie krank macht. Solche Kurmaßnahmen können sich aber die meisten nicht leisten, und von der Krankenkasse werden sie nur einmal in drei Jahren bezuschußt. Das ist viel zu wenig. Deshalb habe ich die Staatsregierung gebeten, zu prüfen, wie an Pseudokrupp erkrankten Kindern ein jährlicher Kuraufenthalt ermöglicht werden kann. Bislang werden Kuren öfter als alle drei Jahre in der Regel von den Krankenkassen abgelehnt, weil der Gesetzgeber nur alle drei Jahre einen bezuschußten Kuraufenthalt vorsieht - ein Intervall, das nicht dem kurzen Altersabschnitt Rechnung trägt, in dem Pseudokrupp auftritt. Der gefährliche Würggehusten ist im allgemeinen auf das Alter bis zu fünf Jahren beschränkt.



Die AOK begegnete einem Antrag auf Kuraufenthalt indes mit folgendem Hinweis: "Da eine Kurmaßnahme beziehungsweise ein stationärer Krankenhausaufenthalt aus medizinischen Gründen nicht notwendig ist und für die Gewährung eines Kurkostenzuschusses außerdem auch gesetzliche Gründe entgegenstehen, ist eine Kostenübernahme nicht möglich." Die lange Zeitspanne zwischen den genehmigten Kuren ist indes unsinnig. Ein krankes Kind kommt bestenfalls in den Genuß von ein bis zwei Kuraufenthalten während seiner Pseudokrupp-Zeit. Jährlich ein Aufenthalt an der See würde diesen Kindern große Erleichterung bringen und den Eltern etwas Hoffnung.

Daß Luftverschmutzung und Pseudokrupp eng miteinander zusammenhänge, ist von vielen Wissenschaftlern und Medizinern bestätigt. Doch weil diese Verbindung noch nicht letztendlich nachgewiesen ist, geraten die Kinder in das Gesetzesgestrüpp. Das bedeutet aber, daß Kinder mit dem kontrovers diskutierten Leiden Pseudokrupp - schwerste Würghustenanfälle vor allem im Herbst und Winter und in kürzesten Abständen von nur einem Tag - weit weniger Chancen auf angemessene Krankenversicherungsleistungen haben als Kranke mit einem "ordentlichen" wissenschaftlich etablierten Leiden.

Natürlich muß vor allem jene Ursache beseitigt werden, die Pseudokrupp verstärkt: die Luftverschmutzung. Das wird aber noch Jahre dauern. Und es muß der Gesetzesnotstand beseitigt werden, der jährliche Kuraufenthalte für Pseudokrupp-Kinder verhindert. Jetzt aber gilt es als erstes die oftmals streng gehandhabten Vorschriften für die Krankenkassen so flexibel zu gestalten, daß den tausenden von Kindern, deren Gesundheit durch den gefährlichen Würgehusten bedroht ist, jedes Jahr durch einen Aufenthalt in sauberer Luft geholfen werden kann. (-/8.5.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Bruno Kreisky: Das Unvermögen konservativer Politik

Der österreichische Alt-Bundeskanzler und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, Bruno Kreisky, hat am Dienstag im ehemaligen KZ Struthof (Elsaß) bei der Gedenkfeier der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament zur Erinnerung an den 8. Mai 1945 eine Rede gehalten, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

"Es geht um die Bewertung des 8. Mai 1945, der offenbar anderen politischen Richtungen Schwierigkeiten bereitet. Uns demokratischen Sozialisten bereitet die Feier dieses Tages keine Probleme.

Um das mit aller Klarheit im Rahmen einer kurzen Rede darzustellen, habe ich die Einladung gerne angenommen. 1983 hat ein deutscher Minister den dreisten Satz gesprochen: 'Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.'

Dieser unfaßbare Satz fast krypto-faschistischer Prägung läßt es wichtig erscheinen, in die Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen für einen Augenblick lang zurückzukehren. Es war auf einem Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale 1928 in Brüssel, als Turati die Worte sprach:

'Aber all dies existiert, hat Bestand, wird toleriert, im Ausland sogar verteidigt und verehrt. Und warum sollte, was in Italien, in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Spanien, vielleicht in Polen und anderswo Erfolg hat, nicht diese Ideallinie überqueren, die Vandervelde als großen Rubikon umrissen hat, vom Atlantik bis nach Indien, wo ihm eine Tafel befehlen soll: Überqueren verboten!

Der alte Cäsar hat den Rubikon sehr wohl überschritten, der neue Cäsar könnte eines Tages durchaus Schicksal spielen, sofern seine Kräfte von der amerikanischen Bank, dem britischen Konservatismus, der Unbekümmertheit der anderen Nationen unterstützt werden, die zur Komplizenschaft wird, seine Stärke noch verstärkt und den Widerstand schmälert."

Wie anders hätte die Welt ausgesehen, wären diese Worte beherzigt worden, die Turati später neuerlich formuliert hatte: 'Diese These, die einige von Ihnen vor drei Jahren in Brüssel noch nicht begreifen konnten - jetzt, nach dem, was in Deutschland geschehen ist, sind Sie alle glücklicherweise oder leider in der Lage sie zu verstehen: Krieg heißt Faschismus und Faschismus heißt Krieg. Wer in dieser Stunde der Geschichte von Krieg spricht, meint Faschismus. Man kann nicht von Krieg sprechen und den Faschismus ausklammern. Der Faschismus - ein Teufelskreis - ist gleichzeitig Vater und Sohn des Krieges, der in übrigen nur Faschismus zwischen den Nationen ist, während Faschismus ein Krieg im Innern gegen ein wehrloses Volk ist; Bürgerkrieg und Weltkrieg, die sich gegenseitig erzeugen. Krieg, Abrüstung, Kampf der Arbeiter für die Demokratie - die großen Themen unserer Debatten - sind nichts anderes als Faschismus und Kampf gegen den Faschismus.'

Was hat nun den Nazifaschismus vor allem verursacht?

Es war die grenzenlose Not dieser Zeit als Folge der Weltwirtschaftskrise. Ich habe erlebt, wie damals endgültig jene Hoffnungen begraben wurden, die manche von uns hatten, daß am Ende dieser gewaltigen Krise des Kapitalismus eine neue revolutionäre Phase entstehen wird. Ja, es gab sogar manche unter den führenden Persönlichkeiten, die der Meinung waren, daß es sich um die letzte Krise des Faschismus handle. Jedenfalls gab es hierüber viele Diskussionen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus. Wir erlebten einen Zusammenbruch dessen, was lange bei vielen Parteien als Credo galt, den Zusammenbruch des Klassenbewußtseins. Die Krise hat die Massen nicht revolutioniert,



sie hat das Klassenbewußtsein nicht verdichtet. Die Not der Zeit ließ die Solidarität zerbrechen. Die, die Arbeit hatten, fürchteten, sie zu verlieren, und die Arbeitslosen, die Karl Marx mit Recht die Reservearmee des Proletariats genannt hat, wurden demoralisiert. Ein Teil von ihnen ging zu den Kommunisten und ein anderer Teil zu den Nazifaschisten. Hitler hatte leichtes Spiel. Das, was man leichtin die Krise der Demokratie genannt hat, war in Wirklichkeit eine Krise der Demokraten. Nicht, daß es keine Ideen gegeben hätte, die Wirtschaftskrise zu überwinden. Otto Bauer, einer der großen Sozialdemokraten dieser Zeit verlangte im Namen der Sozialistischen Internationale auf ihrem Kongreß 1931 in Wien: 'Ungeheure Kapitalien liegen in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Frankreich, in den neutralen Ländern Europas brach, unwerwertet für die Zwecke, für die sie sonst bestimmt waren, während indessen die Volkswirtschaft in Mitteleuropa an der Kapitalnot erstickt.

Nur die Aktion der Regierungen kann noch bewirken, daß die brachgelegten Kapitalien der Wirtschaft wieder zufließen und Arbeitskräfte wieder beschäftigen, nur die Aktion der Regierungen kann bewirken, daß diese Kapitalien eingesetzt werden dort, wo ihre Einsetzung heute am allernotwendigsten ist, zur Rettung der mitteleuropäischen Wirtschaft, nicht des mitteleuropäischen Kapitalismus, sondern der mitteleuropäischen Arbeiterklasse, der mitteleuropäischen Demokratie und des europäischen Friedens.'

Aber die Worte verhallten und die Regierungen des Ostens und der Vereinigten Staaten wollten von alledem nichts wissen. So erreichte die Geschichte der konservativen Politik ihren Höhepunkt am Tage von München.

Frankreich war ein eindeutig verpflichteter Verbündeter der demokratischen Tschechoslowakei und England ein eindeutiger Verbündeter Frankreichs. So trafen sich der britische Premierminister Chamberlain und der französische Präsident du Conseil Daladier mit Mussolini und Hitler am 29./30. September 1938 in München. In der Hoffnung, daß Hitler und Mussolini am Widerstand Chamberlains und Daladiers mit ihren Forderungen scheitern werden, haben auch Abwehrkräfte randaliert.

Als einer der führenden Hitler-Biographen berichtet Joachim C. Fest, daß das Münchner Übereinkommen die sorgfältig vorbereiteten ausführlichen Pläne für einen Militärputsch gegen Hitler durchkreuzt hat. Hitler sollte am Tage der Kriegserklärung gegen die Tschechoslowakei festgenommen und entmachteter werden. Die Pläne waren am 13. September 1938 fertig. Sie waren vom neuen Generalstabschef, General Halder, ausdrücklich befürwortet worden und sollten vom Oberbefehlshaber in Berlin, General von Witzleben, ausgeführt werden. Dieser wurde als Feldmarschall sechs Jahre später nach dem gescheiterten Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet. Einige Tage nachdem der Staatsstreich abgeblasen worden war, schrieb Goerdeler an einen amerikanischen Freund: 'Weil Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben, es sei denn, daß sie als Sklaven leben wollen.'

Was zum Krieg geführt hat, war also das Unvermögen der konservativen Politik dieser Zeit, Hitler und Mussolini entschlossen Widerstand zu leisten, vor allem durch eine Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Krise. Und so ein Wort zur Seuche dieser Zeit, dem politischen Antisemitismus, dem heute ein ähnliches abscheuliches Phänomen gegenübersteht: die Xenophobie, dem Antisemitismus unserer Zeit. Die Juden des kontinentalen Europas wurden vertrieben. Aber mit ihnen hat es nur begonnen, mit der Unterdrückung und Verfolgung fast aller europäischen Völker ist es weitergegangen und am Schluß haben rund 55 Millionen Menschen diesen Krieg mit ihrem Leben bezahlt.

Der 8. Mai, dem zu gedenken wir uns in diesem Konzentrationslager versammelt haben, ist für uns kein heikles Problem. Er war für uns das Ende des grausamsten Krieges aller Zeiten. Er hat das Ende des Nazismus und Faschismus gebracht, die Wiedererichtung der Demokratie und die Wiederauferstehung des europäischen demokratischen



Sozialismus. Allerdings auch die Spaltung Europas und Deutschlands, für deren Überwindung wir eintreten. Franco und Salazar blieben an der Macht, und wir sollen an diesen Tag auch des Kampfes unserer spanischen, portugiesischen und später auch unserer griechischen Genossen gedenken, die Jahre kämpfen mußten, um in ihren Ländern die Demokratie zu erringen. Stellvertretend für sie seien einige Namen genannt: Mario Soares, Felipe Gonzales und Andreas Papandreu. Ihnen ist eine unblutige Revolution gelungen.

Ich habe mich vor ein paar Wochen sehr intensiv mit den Ursachen der beiden Weltkriege beschäftigt, wobei ich abermals die erschütternde Feststellung machen mußte, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird. Es bedarf nur weniger Menschen um zwei Weltkriege zu erforschen, aber es wird so Vieler bedürfen, den nächsten zu verhindern. Wenn wir hören, daß sich manche durchaus einen Atomkrieg vorstellen können, dann muß man sich ja die Frage stellen, wo ein solcher Krieg stattfinden würde und man versteht die Unruhe, die die Menschen erfaßt. Und die Antwort lautet: hier bei uns.

Wenn man sieht, wie eine fremde Regierung 'Kontras' gegen die Regierung eines anderen Landes finanzieren will, dann kann man sich sehr gut vorstellen, was dann auch anderwo passieren könnte unter anderen Vorzeichen. Wenn also sogar mitten in unseren sowie dem schon vielfach gefährdeten Frieden ein Land solchermaßen bedroht wird, dann können wir nicht anders als unsere warnende Stimme erheben, aber diese warnende Stimme genügt nicht, es müssen auch konkrete Handlungen folgen.

Wenn man schließlich von Versuchen erfährt, europäische Regierungen in diese Weltraum-Kriegsschauplätze einzubeziehen, dann kann es für Sozialisten und Sozialdemokraten nur eine Aufgabe geben, alle Menschen und vor allem die Verantwortlichen in den europäischen Parlamenten zu mobilisieren, um eine Beteiligung an diesen Projekt, das bedeutende Wissenschaftler für nicht verwirklichtbar halten und als wahnsinnige Geldverschwendung betrachten, zu verhindern. Es ist höchste Zeit. Das sagt Ihnen einer, der mit zur passiven europäischen Geschichte gehört hat und der sich vorgenommen hat, die Zeit, die ihm noch beschieden ist, dem Kampf für den Frieden zu widmen. Ich möchte den mächtigsten Mann der Welt davor warnen, das demokratische Europa in zwei Teile zu teilen. In diejenigen, die für seine Politik sind und jene, die dagegen sind. Es ist für mich unfäßbar, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich geweigert hat, mit dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt zu sprechen.

Und so erlauben Sie mir, auch ein Wort über die Aufgaben der Sozialdemokratie und des demokratischen Sozialismus in dieser Zeit zu sagen. Vor allem müssen wir uns den Frieden auf diesem Planeten und im Weltraum erhalten. Wie immer man zum sowjetischen System stehen mag, wie sehr wir als demokratische Sozialisten uns von dem, was es in der kommunistischen Diktatur gibt, distanzieren, so haben wir doch an diesen Tag die besondere Pflicht, für den so entscheidenden Einsatz den sowjetischen Völkern zu danken. Aber auch den Völkern des Vereinigten Königreichs Großbritanniens müssen wir besonders für jenen Tag danken, an dem sie ihre große schwere Niederlage bei Dünkirchen erlitten haben und dennoch Stand hielten. An der Spitze standen Winston Churchill, Clement Attley und Ernest Bevin.

Der 8. Mai ist ein Tag des Gedenkens, aber auch ein Tag des in die Zukunft Blickens. Wir demokratischen Sozialisten haben in diesen Jahrzehnten seit dem Ende des Krieges große Wiederaufbauleistungen vollbracht und vor allem den Wohlfahrtsstaat geschaffen, der der großen Aufgabe diente, die Armut zu besiegen. Vor uns liegen heute die letzten eineinhalb Jahrzehnte dieses Jahrtausends. Große und entscheidende Aufgaben sind in diesem kurzen Zeitraum zu erfüllen. Viel nützliche Vorarbeit ist geleistet worden. Durch die Initiative des großen Italieners Aurelio Peccei und seines Club of Rome, durch die Kommission Willy Brandts, was die Beziehungen der Dritten Welt betrifft. Was schließlich die Abrüstung angeht, scheint noch der Bericht der Palme-Kommission und der Kommission der Internationale unter Kullevi Sorsas die Grundlage unseres Wirkens darzustellen.



Es waren in der Tat immer wieder Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten, die die Geschichte seit jenem 8. Mai 1945 in entscheidender Weise geprägt haben. Dank der weitblickenden Ostpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter der Führung Willy Brandts wurde die Ostpolitik inauguriert, was die Entspannung und Helsinki erst möglich gemacht hat. Es gibt keine Alternative zur Entspannungspolitik. Wir in Europa beurteilen sie anders als viele Menschen in Texas und Kalifornien. Helmut Schmidt hat neben seinem Beitrag zur Ostpolitik Bedeutendes zur dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Franzosen und Deutschen geschaffen. In Österreich selbst sollten die großen Leistungen Renners und Schärfs für die Erhaltung der Demokratie im ganzen Land - nicht nur während der Zeit der alliierten Besatzung 1945 bis 1955 - in Erinnerung bleiben.

Wir müssen uns den Frieden in der Welt erhalten, sonst wird unser einer besseren Ordnung gewidmetes Wirken sinnlos. Denn für uns gelten andere Prioritäten: Wir können die Massenarbeitslosigkeit als ein zu erklärendes Phänomen der Gesellschaft unserer Zeit nicht akzeptieren. Nach den letzten Berichten sind es 30 Millionen mindestens und werden es auch bleiben...

Danach kommt die Frage der Qualität des Lebens, für dessen materiellen Inhalt wir durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in dem Jahrhundert unseres Wirkens so entscheidende Lösungen gefunden und Ziele erreicht haben. Hier haben uns die skandinavischen Sozialdemokraten neue Wege gewiesen. Wir haben die gesellschaftliche Ordnung in sehr entscheidender Weise verändert und der Würde der arbeitenden Menschen im besonderen Maße neuen Inhalt verliehen. Es wird den Neokonservativen, die in Wirklichkeit unkonservative Scheinwahrheiten vertreten, nicht gelingen, das alles zu zerstören.

Als vierte große Aufgabe glaube ich, sollte unser Ziel sein, eine neue Art von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Industriestaaten einerseits und den Ländern der Dritten Welt andererseits zu verwirklichen.

Und so sehr ich um die Probleme des Europäischen Parlaments weiß, so viel an Rechten diesem Parlament noch versagt bleibt, so sehr ist es ein großer Anfang der Verwirklichung des europäischen Parlamentarismus. Die direkte Wahl der Abgeordneten zu diesem Parlament ist ein großer Schritt nach vorne und so gewählten Abgeordneten wird man auf die Dauer nicht die Rechte verwehren können, die ihnen gebühren. So lehrte es wenigstens die Geschichte der europäischen Parlamente.

Das sind Gedanken zum 8. Mai, die auszudrücken ich mir vorgenommen habe. Lassen Sie mich nochmals dafür danken, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, hier als einer zu sprechen, der mehr als 58 Jahre in unserer Bewegung gewirkt hat - die, um ein Wort Viktor Adlers, des Gründers der österreichischen Sozialdemokratie, zu zitieren - unserem Leben Sinn und Inhalt gegeben hat.

(-/8.5.1985/rs/fr)

+ + +

